STADT BIELEFELD
- Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz -

Sitzung Nr.
AfUK/042/2025

Niederschrift

über die Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Klimaschutz

am 25.06.2025

Tagungsort:	Rochdale-Raum, 2. OG, Altes Rathaus
Beginn:	17:00 Uhr
Ende:	20:00 Uhr

Anwesend:

CDU
Herr Bernd Henrichsmeier
Herr Dr. Matthias Kulinna
Herr Henry Schuckmann
Frau Carla Steinkröger

SPD
Frau Dorothea Brinkmann
Herr Kai-Philipp Gladow
Herr Ole Heimbeck — Stellv. Vorsitzender

Bündnis 90/Die Grünen
Frau Dr. Phyllis Bollgönn
Herr Klaus Feurich-Tobien
Herr Thomas Krause
Herr Dominik Schnell — Vorsitzender

Die PARTEI
Frau Leonie Bäumer

FDP
Frau Irene Binder

Die Linke
Herr Matthias Benni Stiesch

Beratende Mitglieder
Herr Cemil Yildirim

Stellvertretende beratende Mitglieder
Frau Bettina Willner
Frau Anja Dörrie-Sell

Verwaltung

Herr Martin Adamski	Beigeordneter Dezernat 3	Ab 18.15 Uhr/ Aussprache TOP 13
Frau Tanja Möller	Leiterin Umweltamt	
Frau Friederike Hennen	Umweltamt	
Frau Heike Meyer zu Bentrup	Umweltamt	
Frau Birgit Reher	Umweltamt	
Frau Daniela Roth	Umweltamt	
Frau Maischa Woyna	Umweltamt	
Herr Dr. Clemens Pues	Kfm. Leiter Umweltbetrieb	
Herr Thomas Finke	Umweltbetrieb	
Frau Anna Rosenland	Umweltbetrieb	
Frau Heike Wemhöner	Leiterin Amt für Finanzen	
Herr Sven Dodenhoff	Bauamt	
Frau Nina Küpers	Bauamt	

Schriftführung

Frau Hanna Stemme	Umweltamt

Öffentliche Sitzung:

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Der Ausschussvorsitzende, Herr Schnell, begrüßt die Anwesenden und stellt die form- und fristgerechte Einladung zur Sitzung und die Beschlussfähigkeit fest.

Herr Schnell weist darauf hin, dass der Tagesordnungspunkt 17 vorgezogen und nach dem Tagesordnungspunkt 5 behandelt werde.

Er stellt die Zustimmung der Ausschussmitglieder fest.

-.-.-

Zu Punkt 1 Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift über die 41. Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Klimaschutz am 14.05.2025

Herr Schnell teilt mit, dass die Niederschrift noch nicht vorliege und daher der Tagesordnungspunkt abgesetzt werde.

- abgesetzt -

-.-.-

Zu Punkt 2 Mitteilungen

Zu Punkt 2.1 Inklusive Spielplätze

Herr Schnell verweist auf die im Ratsinformationssystem veröffentlichte Mitteilung.

- Der Ausschuss nimmt Kenntnis -

-.-.-

Zu Punkt 3 Anfragen

Zu Punkt 3.1 Bielefelder Klimabeirat - Maßnahmen aus dem Budget des Klimabeirates (Anfrage der CDU vom 03.06.2025)

Beratungsgrundlage:
Drucksachennummer: 10476/2020-2025

Herr Schnell verweist auf die im Ratsinformationssystem veröffentlichte Antwort und auf den inhaltlich ähnlichen Tagesordnungspunkt 18. Eine mögliche Aussprache könne auch unter jenem Punkt erfolgen. Diesem Vorgehen wird zugestimmt.

-Der Ausschuss nimmt Kenntnis -

-.-.-

Zu Punkt 4 **Behandlung der unerledigten Punkte der letzten Tagesordnungen**

Es liegen keine unerledigten Punkte der letzten Tagesordnungen vor.

-.-.-

Zu Punkt 5 **Anträge**

Es liegen keine Anträge vor.

-.-.-

Zu Punkt 6 **45. Änderungssatzung zur Straßenreinigungssatzung vom 23. November 1978**

Beratungsgrundlage:
Drucksachennummer: 10246/2020-2025

Herr Schnell begrüßt Herrn Dr. Pues, Umweltbetrieb, für mögliche Rückfragen.

Herr Schnell weist darauf hin, dass im Betriebsausschuss Umweltbetrieb ein abweichender Beschluss gefasst worden sei. Folgende Stellen seien, entsprechend den Änderungen im Betriebsausschuss Umweltbetrieb, in der Beschlussvorlage zu streichen:
Unter Punkt 1 des Beschlussvorschlages „(einschließlich Anlage zur Änderungssatzung – Änderungen des Straßenreinigungsverzeichnisses-)“ und die Anlage: Änderungen des Straßenreinigungsverzeichnisses.
Der Beschluss sei inklusive der Änderungen im Betriebsausschuss Umweltbetrieb einstimmig beschlossen worden.

Entsprechend der Änderungen werde für den Finanz- und Personalausschuss und den Rat eine Nachtragsvorlage erstellt.

Es ergeht folgender, geänderter

Beschluss:

Der Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz empfiehlt dem Rat der Stadt Bielefeld die 45. Änderungssatzung zur Satzung über die Straßenreinigung und die Erhebung von Straßenreinigungsgebühren in der Stadt Bielefeld vom 23. November 1978 gem. der Anlage I ~~(einschließlich Anlage zur Änderungssatzung - Änderungen des Straßenverzeichnisses-)~~ zu beschließen.

- abweichend vom Beschlussvorschlag einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 7 **24. Änderungssatzung zur Satzung über die Kostendeckung der Abfallentsorgung in der Stadt Bielefeld vom 19.12.1997**

Beratungsgrundlage:
Drucksachennummer: 10248/2020-2025

Herr Schnell weist auf die Anwesenheit von Herrn Dr. Pues, Umweltbetrieb, für mögliche Rückfragen hin.

Ohne weitere Aussprache ergeht folgender

Beschluss:

Der Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz empfiehlt dem Rat der Stadt Bielefeld die 24. Änderungssatzung zur Satzung über die Kostendeckung der Abfallentsorgung in der Stadt Bielefeld vom 19. Dezember 1997, zuletzt geändert durch Satzung vom 19.12.2024 gemäß Anlage I zu beschließen.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 8 **50. Änderungssatzung zur Satzung über die Kostendeckung der Grundstücksentwässerung und der Abwasseruntersuchungen in der Stadt Bielefeld vom 22. November 1973 (KdS Grundstücksentwässerung).**

Beratungsgrundlage:
Drucksachennummer: 10250/2020-2025

Herr Schnell weist auf die Anwesenheit von Herrn Dr. Pues, Umweltbetrieb, für mögliche Rückfragen hin.

Ohne weitere Aussprache ergeht folgender

Beschluss:

Der Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz empfiehlt dem Rat der Stadt Bielefeld die 50. Änderungssatzung zur Satzung über die Kostendeckung der Grundstücksentwässerung und der Abwasseruntersuchungen in der Stadt Bielefeld vom 22. November 1973 (KdS Grundstücksentwässerung) gemäß Anlage I zu beschließen.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 9 **35. Änderung zur Satzung über die Kostendeckung der Entsorgung von Kleinkläranlagen und abflusslosen Gruben vom 18.12.1987**

Beratungsgrundlage:
Drucksachennummer: 10344/2020-2025

Ohne weitere Aussprache ergeht folgender

Beschluss:

Der Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz empfiehlt dem Rat der Stadt Bielefeld die 35. Änderungssatzung zur Satzung über die Kostendeckung der Entsorgung von Kleinkläranlagen und abflusslosen Gruben vom 18.12.1987 gemäß der Anlage zu beschließen.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 10 **Auslobung des nichtoffenen Realisierungswettbewerbs "Grüne Kammerratsheide" für Stadtplanung und Landschaftsarchitektur**

Beratungsgrundlage:
Drucksachennummer: 10136/2020-2025

Herr Schnell begrüßt Herrn Dodenhoff und Frau Küpers, Bauamt, für mögliche Anmerkungen und Rückfragen.

Auf Nachfrage von Herrn Feurich-Tobien schildert Herr Dodenhoff, dass der Schelphof Teil des Integrierten Städtebaulichen Entwicklungskonzeptes für den Stadtteil Baumheide sei. Es werde sich ausführlich mit möglichen Nutzungskonzepten für den Schelphof und einer mittelfristigen Aufwertung befasst.

Frau Küpers führt auf Nachfrage von Frau Brinkmann aus, dass die Kosten zur Durchführung des Wettbewerbes in diesem und dem nächsten Haushaltsjahr anfallen würden. Im weiteren Verlauf würde die bauliche Umsetzung folgen, diese Kosten seien für die Haushaltsjahre ab 2027 einzustellen. Hier sei die anteilige Finanzierung durch Fördermittel aus der Städtebauförderung zu beachten.

Es ergeht folgender

Beschluss:

Der Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz empfiehlt dem Stadtentwicklungsausschuss zu beschließen:

1. Die Auslobung des städtebaulich-freiraumplanerischen Wettbewerbs „Grüne Kammerratsheide“ wird europaweit bekannt

gemacht.

2. Die Verwaltung wird beauftragt, das Wettbewerbsverfahren als nichtoffenen Realisierungswettbewerb mit vorgeschaltetem Bewerbungsverfahren nach den „Richtlinien für Planungswettbewerbe RPW 2013“ durchzuführen.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 11 Ravensberger Park | Auslobung eines freiraumplanerischen Wettbewerbs "Neugestaltung des Ravensberger Parks"

Beratungsgrundlage:
Drucksachennummer: 10096/2020-2025

Herr Schnell weist darauf hin, dass weiterhin Herr Dodenhoff und Frau Küpers, Bauamt, für Rückfragen zur Verfügung stünden.

Herr Feurich-Tobien beantragt die 1. Lesung, weil Nachbesserungsbedarf im Auslobungstext sehe. Besonders die Belange der Klimaanpassung sehe die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen als nicht ausreichend berücksichtigt. Bei dem Ravensberger Park in der Mitte der Stadt handele es sich um ein sehr hitzebelastetes Gebiet. In der Kürze der Zeit sei es noch nicht möglich gewesen, die Zusätze für den Auslobungstext zu formulieren und in der Koalition abzustimmen. Die 1. Lesung werde beantragt, um einen detaillierten Änderungsantrag einbringen zu könne.

Herr Dr. Kulinna fragt nach, ob die Verwaltung diese Bedenken ausräumen könne.

Herr Dodenhoff berichtet, dass das Thema Klimaschutz und Klimaanpassung ausdrücklich in der Auslobung beschrieben sei. Natürlich könne mehr diesbezüglich aufgenommen werden. Das Klimaanpassungskonzept und die Nachhaltigkeitsstrategie der Stadt Bielefeld sei ihnen sehr bekannt, in der Auslobung werde darauf hingewiesen. Im Rahmen der stattfindenden Kolloquien bestehe auch die Möglichkeit, ergänzende Hinweise aus dem Umweltbereich vorzutragen und dies an die Wettbewerbsteilnehmenden heranzutragen. Das Umweltamt und Herr Adamski seien in die gesamte Prozessstruktur eingebunden. Es bestehe die Möglichkeit, mündlich die Auslobung an der gewünschten Stelle nachzuschärfen. Er würde sehr darum werben, heute einen Beschluss zu fassen.
Ansonsten würde auch im Hinblick auf die Notwendigkeit, den Ravensberger Park in die Städtebauförderung einzubringen, etwa ein halbes Jahr durch die Kommunalwahl verloren gehen. In dieser Zeit könne der Wettbewerb nicht durchgeführt werden. Er stellt den weiteren Zusammenhang dar, warum es außerdem wichtig sei, mit dem Wettbewerb starten zu können. Sie würden den Ravensberger Park gerne in das zukünftige INSEK-Innenstadt einbringen. Hierfür brauche es eine gewisse Projektqualifizierung. Die neuen Förderrichtlinien des Landes NRW sähen vor, dass für Projekte mindestens die Leistungsphase 2 nach der Honorarordnung für Architekten und Ingenieure erreicht werde. Dies

sei zwar eine Vorplanung, jedoch handele es sich um eine sehr qualifizierte Planung, die für die Antragsstellung für die städtebauliche Entwicklung für die Innenstadt vorgelegt werden müsse. Dies bedeute: Würde heute kein politischer Beschluss gefasst, könne die Zeit nicht genutzt werden, um das Projekt zu qualifizieren. Dies fände er aufgrund der deutlichen Erwähnung der Thematik Klimaanpassung, auch in der Auslobung, sehr schade.
Er erläutert eine weitere Einordnung. Die Pläne, die sie aus dem Wettbewerb bekämen, würden nicht eins zu eins umgesetzt. Im Wesentlichen ginge es darum, dass ein Auftragnehmer, ein gutes Landschaftsarchitekturbüro, gefunden werde, mit dem zukünftig in die HOAI-Planung eingetreten werde. Details zur Klimaanpassung, wie mögliche Mulden, Rigolen, bestimmte Baumarten, die im Wettbewerbsergebnis noch nicht gesetzt seien, könnten sehr gut im Rahmen der weiteren Qualifizierung der Planung eingebracht werden. Wesentliches Ziel sei es, eine grundsätzliche Konzeption und über diesen Wettbewerb einen Auftragnehmer zu finden mit dem sehr gut zusammengearbeitet werden könne. Es verbleibe anschließend viel Zeit, um die Details zur Klimaanpassung für diesen Park nachzuarbeiten. Deswegen bestehe der Wunsch, dass heute ein Beschluss gefasst werde. Es verbleibe ausreichend Zeit das Thema einzubringen. Wer die Ausführungen ein weiteres Mal lese, sehe, dass das Thema eingebracht worden sei. Sie seien in enger Abstimmung mit dem Umweltamt, auch, wenn vielleicht nicht jedes Detail in der Ausführung hätte übernommen werden können. Aber das Umweltamt habe noch alle Möglichkeiten, im weiteren Prozess diese Dinge einzubringen, diese gingen nicht verloren.

Herr Heimbeck möchte sich vergewissern, ob folgende Aussage richtig sei: Er habe ausgeführt, dass Herr Adamski den Auslobungstext in der Weise, wie es aus Umweltbelangen notwendig sei, nachschärfen könne. Er fragt nach, ob es richtig sei, dass es hier keine Einschränkungen gebe. Dann frage er sich, ob ein Änderungsantrag notwendig sei.

Herr Dodenhoff bestätigt dies.

Frau Dörrie-Sell lobt, dass bei der Oberflächengestaltung auf die Barrierefreiheit geachtet worden sei. Sie bittet darum, dass auch bei Spiel- und Sportangeboten auf die Barrierefreiheit geachtet werde.

Herr Feurich-Tobien stellt die Äußerungen von Herrn Dodenhoff zur nachträglichen Schärfung in Frage. Wenn die Wettbewerbsergebnisse vorlägen, könnten natürlich vor der tatsächlichen Ausarbeitung und Umsetzung planerische Möglichkeiten eingebracht werden. Es gehe ihnen jedoch darum, dass solche Möglichkeiten bereits im Wettbewerb bedacht werden sollten. Wenn diese Vorlage so beschlossen würde, würde auch die Auslobung so wie vorliegend beschlossen. Danach könne auch nicht von Herrn Adamski freihändig die Auslobung verändert werden. Für die Nachschärfung der Auslobung werde noch Zeit für eine Abstimmung benötigt. Deswegen bleibe er bei dem Antrag auf eine 1. Lesung, auch, wenn dies eine Verzögerung um die Sitzungspause nach sich ziehe. Die Aspekte sollten bereits in den Auslobungstext aufgenommen werden, sodass sie bereits bei dem Wettbewerb berücksichtigt würden.

Herr Dr. Kulinna sagt zu, dass es bei der Gepflogenheit, einem Antrag zur 1. Lesung zuzustimmen, bleibe. Er erläutert, dass der Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz empfehle und der Stadtentwicklungsausschuss

beschließe. Besonders, weil Herr Dodenhoff auf die Dringlichkeit aufmerksam gemacht habe, wäre es schade, Zeit zu verlieren. Er fragt die Verwaltung, ob es möglich sei, bis zur Sitzung des Stadtentwicklungsausschusses am 01.07. zusätzlich eine Vorlage vorzulegen, welche auf Zufriedenheit stoße. Im Zweifel könne sonst im Stadtentwicklungsausschuss die 1. Lesung beantragt werden.

Herr Schnell führt auf Nachfrage von Herrn Gladow aus, dass die Möglichkeit bestehe, hier eine 1. Lesung zu beschließen und im Stadtentwicklungsausschuss ein Änderungsantrag gestellt und beschlossen werde. Zum Änderungsantrag bestehe noch Abstimmungsbedarf.

Herr Dodenhoff greift dies auf. Sie hätten kein Problem, eine fachliche Vertiefung in die Auslobung aufzunehmen. Es gebe keinen fachlichen Dissens mit dem Umweltbereich in Bezug auf das Thema Klimaanpassung. Das Thema sei auch in der Städtebauförderung ausdrücklich als eine wesentliche Zielgröße der Stadtentwicklungsplanung und Städtebauförderung aufgeführt. Deswegen sei es auch auf der Seite 32 der Ausführung ausdrücklich als Aufgabe für die Freiraumplaner aufgegeben worden, sich mit den stadtklimatischen Aspekten des Ravensberger Parks auseinander zu setzen. Die Wertigkeit und die Bedeutung des innerstädtischen Grünraumes werden auch in der Auslobung deutlich. Wenn es aus politischer Sicht Ergänzungsbedarfe gebe, könnten diese gerne mit aufgenommen werden. Es bestehe eine gewisse Prozessoffenheit im Rahmen der Kolloquien im Rahmen des Wettbewerbes. Hier kämen die Teilnehmenden und die Preisrichter zusammen, auch hier gebe es ein weiteres Mal Empfehlungen, welche an die Teilnehmenden herausgegeben würden. Die konkrete Ausrührungs- und Realisierungsplanung, welche mit dem ersten Preisträger entwickelt würde, biete Zeit, um notwendige Vertiefungen zu den Klimaanpassungsmaßnahmen durchzuführen. Aus Sicht des Bauamtes sei der Inhalt, welcher in der Auslobung stehe, zunächst hinreichend konkret für die Klimaanpassung beschrieben. Die Offenheit, die politischen Ergänzungen mit in die Beratungen hineinzunehmen, bestehe auf alle Fälle. Dies stelle kein Problem dar.

Frau Steinkröger sieht es als ersten Aufschlag. Sie könne die Ausführungen von Herrn Dodenhoff gut nachvollziehen, genauso könne sie gut nachvollziehen, wenn aus dem Bereich der Partei die Grünen Vorbehalte und Ergänzungswünsche kämen. Sie erkundigt sich, ob es sich um längere Abhandlungen handele oder ob die Empfehlung an den Stadtentwicklungsausschuss mit kurzen Worten ergänzt und heute ein empfehlender Beschluss gefasst werden könne.

Herr Feurich-Tobien antwortet, dass es sich um zwei bis drei Seiten handele.

Herr Feurich-Tobien stellt einen Antrag zur Geschäftsordnung und bittet um eine zehnminütige Sitzungsunterbrechung, um das Vorgehen in der Koalition zu besprechen.

Herr Schnell stellt die Zustimmung fest.

- Es ergeht eine zehnminütige Sitzungsunterbrechung. -

Herr Feurich-Tobien schlägt folgendes Vorgehen vor: Sie würden dem Antrag hier, auch wenn mit Bauchschmerzen, zustimmen, in der Hoffnung, dass im Stadtentwicklungsausschuss die entsprechenden Änderungen vorgenommen würden. Er gibt ausdrücklich zu Protokoll, dass sie mit dem Vorliegenden, gerade im Hinblick auf die einzelnen Maßnahmen und die Berücksichtigung des Klimaanpassungskonzeptes, nicht zufrieden seien und dass sie voraussichtlich im Stadtentwicklungsausschuss einen entsprechend ausführlichen Änderungsantrag vorbringen würden.

Herr Gladow erkundigt sich nach den Konsequenzen einer zeitlichen Verschiebung für die museale Entwicklung des Parks.

Herr Dodenhoff verneint dies, dies habe keine negativen Auswirkungen auf die Entwicklung der Museumslandschaft. Gleichwohl wirbt er für eine schnelle Umsetzung, auch heute sei der Ravensberger Park nicht klimaangepasst.

Es ergeht der Beschluss mit dem Hinweis auf die von Herrn Feurich-Tobien ausgeführte Kritik zur mangelnden Berücksichtigung der Aspekte der Klimaanpassung und mit dem Hinweis auf die eventuelle Einbringung eines Änderungsantrages im Stadtentwicklungsausschuss.

Es ergeht folgender

Beschluss:

Der Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz empfiehlt dem Stadtentwicklungsausschuss zu beschließen:

1. Die Auslobung des freiraumplanerischen Wettbewerbs für den Ravensberger Park wird europaweit bekannt gemacht.

2. Die Verwaltung wird beauftragt, das Wettbewerbsverfahren als nichtoffenen Realisierungswettbewerb mit vorgeschaltetem Bewerbungsverfahren nach den „Richtlinien für Planungswettbewerbe RPW 2013“ durchzuführen.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 12 Zukunftsfähiges Naturwaldkonzept für den Stadtwald Bielefeld

Beratungsgrundlage:
Drucksachennummer: 10045/2020-2025

Herr Schnell begrüßt Herrn Finke und Frau Rosenland, Umweltbetrieb, als Vortragende. Die Vortragenden berichten über das Naturwaldkonzept für den Stadtwald Bielefeld.

Hinweis der Schriftführung:
Der Vortrag ist anhand der im Ratsinformationssystem eingestellten Präsentation nachzuvollziehen.

Herr Feurich-Tobien lobt die ausführliche Erarbeitung und das Konzept.

Herr Gladow und Frau Steinkröger schließen sich dem Lob und Dank an. Auch Herr Stiesch begrüßt das Konzept.

Auf Nachfrage von Frau Steinkröger führt Frau Rosenland aus, dass die Bezirke vor der Umsetzung von größeren Maßnahmen informiert würden.

Frau Rosenland erläutert, dass das Konzept für den Stadt- und Stadtwerkewald gelte. Der Privatforst sei im gesamten Prozess beteiligt gewesen.

Es ergeht folgender

Beschluss:

Der Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz empfiehlt dem Rat zu beschließen:

1. **Das anliegende Konzept wird als Arbeitsgrundlage für die zukünftige Waldbewirtschaftung des Stadtwaldes in Bielefeld beschlossen.**
2. **Für die Ausweisung von Referenzflächen ohne forstwirtschaftliche Nutzung (Wildnisentwicklungsflächen WEF) wird eine Arbeitsgruppe eingerichtet, in der die bisher im Verfahren beteiligten Naturschutzverbände, der Umweltbetrieb sowie das Umweltamt beteiligt werden. Ziel ist die Ausweisung von mindestens 10 % des städtischen Waldbestandes als Wildnisentwicklungsflächen bis zum Ende des Jahres 2025.**
3. **Zur Dokumentation der Entwicklung in den Wildnisentwicklungsflächen wird der Umweltbetrieb beauftragt, in regelmäßigen Abständen (alle fünf Jahre) in enger Abstimmung mit dem Umweltamt sowie mit den beteiligten Naturschutzverbänden eine Biotoptypenkartierung sowie die Kartierung von ausgewählten Artengruppen durchzuführen.**

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 13 Umsetzung Klimaanpassungskonzept - hier: Sachstand Straßenbaumkonzept

Herr Schnell begrüßt Frau Meyer zu Bentrup und Frau Woyna, Umweltamt. Frau Woyna berichtet zum Sachstand Straßenbaumkonzept.

Hinweis der Schriftführung:
Der Vortrag ist anhand der im Ratsinformationssystem eingestellten Präsentation nachzuvollziehen.

Es erfolgt ein Austausch über die Thematik.
Frau Meyer zu Bentrup weist darauf hin, dass sich das Projekt in einer frühen Phase befinde.

- Der Ausschuss nimmt Kenntnis -

-.-.-

Zu Punkt 14 **Förderprogramm: Bielefeld begrünt Häuser; Aktualisierung der Richtlinie zur Förderung von Dach- und Fassadenbegrünungen**

Beratungsgrundlage:
Drucksachennummer: 10289/2020-2025

Herr Schnell begrüßt Frau Meyer zu Bentrup und Frau Moritz, Umweltamt, für mögliche Rückfragen.

Auf Nachfrage von Herrn Feurich-Tobien führt Frau Moritz aus, dass zunächst die Hitzeinseln priorisiert worden seien. Aufgrund einer verhaltenen Antragsstellung in den Bezirken Mitte und Brackwede solle das Gebiet nun ausgeweitet werden. Aus anderen Bezirken habe es bereits Anfrage gegeben. Auch aufgrund von Starkregenereignissen sei die stadtweite Ausdehnung sinnvoll.

Herr Stiesch regt eine Informationskampagne an.

Frau Moritz führt auf Nachfrage aus, dass es inzwischen für jedes Dach und für jede Fassade passende Begrünungsmöglichkeiten gebe. Bei positivem Beschluss erfolge eine weitere Bewerbung.

Frau Möller weist auf die breit aufgestellten Webseiten der Stadt Bielefeld hin und bedankt sich für die Anregung einer Informationskampagne.

Auf Nachfrage von Frau Steinkröger, ob die Stadt mit gutem Bespiel voran gehe, nennt Frau Moritz als Beispiel für die Fassadenbegrünung den Grünen Würfel auf dem Kesselbrink. Die Dachbegrünung werde intensiv umgesetzt.

Frau Meyer zu Bentrup ergänzt, dass das Umweltamt als Träger öffentlicher Belange bei Bebauungsplänen die Themen der Klimaanpassung einbringe.

Frau Willner macht auf die Projekte „Mehr Grün am Haus“ und „Klimakoffer“ der Verbraucherzentrale aufmerksam. Es gebe viele Informationen und Veranstaltungen zur Thematik.

Es ergeht folgender

Beschluss:

Der Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz beschließt die Richtlinie zur Förderung von Dach- und Fassadenbegrünung des Förderprogramms „Bielefeld begrünt Häuser“ in der aktualisierten Form (Anlage 1).

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 15 **(Blüh-)Wiesenkonzept – Vorstellung der Ergebnisse des (Blüh-)Wiesenmonitorings**

Beratungsgrundlage:
Drucksachennummer: 10400/2020-2025

Herr Schnell begrüßt Frau Hennen und Frau Roth, Umweltamt, als Vortragende.
Die beiden Vortragenden stellen die Ergebnisse des (Blüh-)Wiesenmonitorings vor.

Hinweis der Schriftführung:
Der Vortrag ist anhand der im Ratsinformationssystem eingestellten Präsentation nachzuvollziehen.

Herr Heimbeck erkundigt sich, welche Gründe gegen eine Ausweitung der Flächen sprächen.

Herr Feurich-Tobien lobt das Konzept und die Umsetzung, betont die Wichtigkeit der Nistmöglichkeiten für Wildbienen und fragt nach dem weiteren Vorgehen.

Herr Dr. Kulinna führt aus, dass bei der Vorstellung die Ergebnisse zusammengefasst worden seien. Er bittet um ein Update mit der Auflistung der einzelnen Standorte und einer jeweiligen Bewertung der einzelnen Flächen. Weiter bittet er, die Informationen mit Ergebnissen und Erfolgen in die jeweiligen Bezirksvertretungen einzubringen. Falls eine Bitte hierzu nicht ausreiche, würde er einen entsprechenden Antrag stellen.

Frau Hennen führt aus, dass es sich um ein vergleichsweise neues Projekt handele. Besonders zu beachten seien die vorhandenen Ressourcen. In einem aufwendigen Prozess unter Einbindung der Biologischen Station und des Naturwissenschaftlichen Vereines habe eine Begutachtung der Flächen stattgefunden. Momentan läge der Fokus auf der Optimierung und optimalen Entwicklung der vorhandenen Flächen. Sie ruft in Erinnerung, dass das Projekt mit Fördermitteln finanziert sei. Für eine perspektivische Ausweitung des Projektes müssten neue Fördermöglichkeiten geprüft werden, die Finanzierung müsse sichergestellt sein.
Sie verstehe den Wunsch nach einer Berichterstattung in den Bezirksvertretungen, weist jedoch auf die Problematik besonders im Hinblick auf den Aufwand und die Ressourcen hin. Hierfür seien aufwendige Kartierungen notwendig. Der Prozess müsse leistbar sein. Würde beispielsweise in zwei oder drei Jahren ein Monitoring auf anderen Flächen erfolgen, seien die Effekte und Erfolge auf den Flächen der ersten Kartierung nicht zu beurteilen.
Weiter führt sie aus, dass bei der Auswahl auf eine große Bandbreite geachtet worden sei und die drei Landschaftsräume in Bielefeld Beachtung gefunden hätten.

Herr Dr. Kulinna regt aufgrund der Ausführungen an, die bereits vorhandenen Ergebnisse in der Bezirksvertretung Senne vorzustellen. Hier sei es in der Vergangenheit zu Problemen gekommen und er halte einen Austausch für sinnvoll.

Auf Ausführungen von Frau Bollgönn unterstreicht Frau Hennen die Wichtigkeit eines Netzwerkes und verweist auf das bereits vorgestellte Projekt BieNe. Hier würden auch Privatgärten einbezogen.

Auf Nachfrage von Herrn Henrichsmeier führt Frau Roth aus, dass auch im Hinblick auf Störzeiger ein Monitoring durchgeführt worden sei. Bei vermehrtem Auftreten von Störzeigern müsse insbesondere mit der Anpassung des Mahdregimes gegengesteuert werden.

Herr Feurich-Tobien regt an, die Ausweitung der Flächen getrennt von einer weiteren Kartierung zu sehen, gerade bei vergleichbaren Flächen. Er fragt nach, ob immer eine Kartierung notwendig sei.

Frau Hennen ordnet die Kartierungen als Erfolgskontrolle ein. Es sei gerade in der Anfangsphase notwendig zu beurteilen, ob die Pflegeempfehlungen gegriffen hätten.

- Der Ausschuss nimmt Kenntnis -

-.-.-

Zu Punkt 16 Begünstigungsmöglichkeiten von Hecken

Beratungsgrundlage:
Drucksachennummer: 10413/2020-2025

Herr Dr. Kulinna skizziert den Vorschlag, dass bei der Aufstellung von Bebauungsplänen zukünftig keine Begrenzung der Höhe der Hecken vorgegeben werde. Ihm gehe es darum, eine vorhandene Einschränkung abzuschaffen mit der Möglichkeit, höhere Hecke pflanzen zu können.

Frau Hennen führt aus, dass im Nachbarschaftsrecht die Höhenbegrenzungen der Hecken vorgegeben seien. Sie zweifelt daran, dass die Höhe der Hecke das einzige Indiz im Hinblick auf die Ökologie sei. Vielmehr gehe es darum, dass es sich um heimische Gehölze und eine Vielzahl von Gehölzen handele, dass die Gehölze zur Blüte kämen und die Fruchtreife erreicht werde. Gerade bei Formhecken sei dies oft nicht der Fall. Viel entscheidender sei, im Bebauungsplan auf beispielsweise eine Vielzahl von Sträuchern und frei wachsende, artenreiche Hecken mit höherem ökologischem Wert hinzuweisen. Eine hohe Hecke sei nicht automatisch eine ökologisch wertvolle Hecke.

Herr Krause führt aus, dass die Aufstellung von Bebauungsplänen komplex sei und rät von dem Vorschlag ab.

Frau Möller ordnet das Verfahren ein. Für Themen, die die Stadtentwicklung beträfen, sei der Stadtentwicklungsausschuss zuständig. Sie schlägt vor, bei Bedarf in der nächsten Wahlperiode einen Antrag als Prüfauftrag an die Verwaltung zu stellen.

Herr Dr. Kulinna stimmt diesem zu.

- Der Ausschuss nimmt Kenntnis -

-.-.-

Zu Punkt 17 Verpackungssteuer

Zu Punkt 17.1 Einführung einer kommunalen Verpackungssteuer

Beratungsgrundlage:
Drucksachennummer: 9792/2020-2025

Hinweis der Schriftführung:
Die Aussprache erfolgt zusammen mit dem Tagesordnungspunkt 17.2. Die Protokollführung erfolgt unter 17.2.
Die 2. Lesung wird einstimmig beschlossen.

- 2. Lesung -

-.-.-

Zu Punkt 17.2 Weitere Informationen aufgrund des Beschlusses des Ausschusses für Umwelt und Klimaschutz vom 19.03.2025, TOP 10.3, zur Verpackungssteuer (vgl. Drs.-Nr. 9792/2020-2025)

Beratungsgrundlage:
Drucksachennummer: 10495/2020-2025

Herr Schnell begrüßt Frau Wemhöner, Amt für Finanzen, für mögliche Rückfragen. In der letzten Sitzung sei der Tagesordnungspunkt Verpackungssteuer in der ersten Lesung behandelt worden.

Herr Feurich-Tobien bedankt sich für die ausführliche Aufarbeitung des Themas. Aufgrund der Fülle der Informationen und neu hinzu gekommen Unterlagen beantragt er die 2. Lesung.

Herr Heimbeck schließt sich diesem an. Er halte es für sinnvoll, dass sich der nächste Rat mit der Thematik ausführlich beschäftige.

Herr Schnell lässt über die 2. Lesung des Tagesordnungspunkt 17 abstimmen. Die 2. Lesung wird einstimmig beschlossen.

- 2. Lesung -

-.-.-

Zu Punkt 18 Bielefelder Klimabeirat

Zu Punkt 18.1 Bericht aus dem Bielefelder Klimabeirat

Frau Willner, stellvertretende Vorsitzende des Bielefelder Klimabeirates, berichtet über die letzte Sitzung des Bielefelder Klimabeirates am 11.06.2025. Die Sitzung sei die letzte der jetzigen Wahlperiode gewesen. Sie zieht ein kurzes Resümee, bedankt sich für den guten und konstruktiven Austausch und die gute Unterstützung der Verwaltung.

- Der Ausschuss nimmt Kenntnis -

-.-.-

Zu Punkt 18.2 Resümee zu den BKB-Beschlüssen- Wahlperiode 2020-2025

Beratungsgrundlage:
Drucksachennummer: 10371/2020-2025

Herr Schnell begrüßt Frau Reher, Umweltamt, für mögliche Rückfragen und ruft die Anfrage der CDU „Bielefelder Klimabeirat - Maßnahmen aus dem Budget des Klimabeirates“, eingestellt unter 3.1, in Erinnerung.

Herr Feurich-Tobien lobt die Arbeit und die Ergebnisse des Bielefelder Klimabeirates und die gute Abstimmung mit der Verwaltung. Wie geplant habe der Ausschuss durch den Bielefelder Klimabeirat neue Impulse bekommen und diese umgesetzt.

- Der Ausschuss nimmt Kenntnis -

-.-.-

Zu Punkt 18.3 Bericht/Evaluation zur „Förderrichtlinie zur finanziellen Unterstützung bei der Anschaffung von Klimafreundlichen Mobilitätsformen“

Beratungsgrundlage:
Drucksachennummer: 10316/2020-2025

- Der Ausschuss nimmt Kenntnis -

-.-.-

Zu Punkt 18.4 Projektempfehlung "Bausteine zum Klimaschutz mit der Bielefelder Landwirtschaft"

Beratungsgrundlage:
Drucksachennummer: 10520/2020-2025

Herr Schnell weist darauf hin, dass Frau Reher, Umweltamt, für mögliche Rückfragen anwesend sei.

Frau Steinkröger beantragt die 1. Lesung. Es fehle die Anlage und der Bericht der Landwirtschaftskammer. Es werde nicht auf Zustimmung stoßen, wenn ein einzelner Landwirt mit Subventionen aus kommunalen Geldern unterstützt werde.

Herr Adamski führt auf Nachfrage von Herrn Heimbeck das zurückliegende Vorgehen aus. Im vorletzten Klimabeirat habe er das Vorhaben zunächst gestoppt, um mögliche Probleme vorab prüfen zu können. Die Verwaltung sei für eine fachliche Begleitung des Klimabeirates zuständig. Der Antragssteller habe in Folge der Empfehlung der Verwaltung die Landwirtschaftskammer eingebunden. Zur letzten Sitzung des Klimabeirates habe noch kein entsprechendes Votum der Landwirtschaftskammer vorgelegen. Der Klimabeirat habe unter dem Vorbehalt einer positiven Prüfung der Landwirtschaftskammer und des Umweltamtes den Beschluss gefasst. Dies bedeute, dass der Klimabeirat der Maßnahme zustimme, wenn sie als förderfähig und empfehlenswert deklariert werde.
Der Gedanke der Doppelförderung habe sich zwischenzeitlich entkräftet. Nicht alle Flächen würden durch EU-Förderungen in diesem Bereich geschützt.
Er gehe davon aus, dass der Antragssteller ein Abbild der Landwirtschaft darstelle.

Frau Willner bedankt sich für die Ausführungen und ergänzt, dass die Besonderheit dieses Antrages sei, dass es sich nicht um eine reine Förderung handele, sondern um die Anlage von entsprechenden Musterflächen. Hier solle demonstriert werden, welche Maßnahmen welche Effekte zum Erosionsschutz hätten.

Auf kritische Nachfrage von Herrn Feurich-Tobien führt Herr Adamski aus, dass sich die Fläche nicht in einem Feldblock befinde, wo solche Maßnahmen bereits durchgeführt würden. Somit handele es sich nicht um eine Doppelförderung. Ausstehend sei die Prüfung der fachlichen Geeignetheit der ausgewählten Fläche. Aspekte seien hier beispielsweise die Hanglage, Bodenqualität und Fruchtfolge.

Frau Steinkröger betont, dass die Ausführungen bestätigen würden, dass es sich hierbei um keine kommunale Aufgabe handele. Sie verweist auf die Landwirtschaftskammer. Sie halte an dem Antrag auf eine 1. Lesung fest.

Herr Adamski weist auf die zeitliche Eilbedürftigkeit aufgrund der letzten Ausschusssitzung in dieser Wahlperiode hin. Die Verausgabung der Gelder müsse in diesem Jahr erfolgen.

Die 1. Lesung wird beschlossen.

- 1. Lesung -

-.-.-

Zu Punkt 19 <u>Bericht aus dem Naturschutzbeirat</u>

Über die letzte Sitzung des Naturschutzbeirates wurde bereits berichtet.

-.-.-

Zu Punkt 20 **Beschlüsse aus vorangegangenen Sitzungen - Bericht der Verwaltung zum Sachstand**

Es liegt kein Bericht der Verwaltung zu Beschlüssen aus vorangegangenen Sitzungen vor.

-.-.-